



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 7 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/69

15. Juni 1949

Freiheit für 300.000 Menschen.

-dt. Wenn es wieder eine deutsche Regierung geben wird, ist ihr u.a. eine Aufgabe zugedacht, die hohe Anforderungen an diplomatisches Geschick, menschliches Mitgefühl und praktische Weisheit stellen wird. In Punkt 1 des Flüchtlingsprogramms der SPD - es wurde in diesen Tagen ausgearbeitet - wird gefordert, dass die künftige Regierung Zugangsmöglichkeiten für die deutsche Restbevölkerung in Polen und der Tschechoslowakei schaffe. Ferner wird von dieser Regierung erwartet, "dass sie als Anwalt aller durch die Austreibungen betroffenen Volksgenossen auftritt", wobei "auf das traurige Schicksal der noch in den Austreibungsländern lebenden Deutschen" hingewiesen wird.

Die Deutschen, für die diese Regierung mehr als eine Lanze brechen soll, leben in der Tschechoslowakei und in Polen. Es sind die letzten Deutschen, die mit der ersten Kolonisationswelle im 12. Jahrhundert und später ostwärts wanderten, oft von den Gastvölkern selbst gerufen wurden und in ihren neuen Siedlungsgebieten 800 Jahre lang Kultur- und Pionierarbeit verrichteten. Das Gros dieser Deutschen ist mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches entweder umgekommen oder in einem Leidensweg, der noch zu erforschen und der Nachwelt zu erhalten wäre, zurückgeflutet in die grössere Heimat, um hier die Flüchtlingsstatistiken zu füllen. Abgesehen von einigen wenigen Rumänien-Deutschen - Zahlen darüber existieren nicht - gibt es noch Deutsche in der Tschechoslowakei und im eigentlichen Polen sowie in den Gebieten östlich der Oder-Neisse-Linie. Die Zahl der in der Tschechoslowakei lebenden Sudetendeutschen wird auf 150 - 170.000 geschätzt, die Tschechen nannten kürzlich selbst eine Zahl von 200.000. Die Schätzungen über die Zahl der unter polnischer Verwaltung lebenden Deutschen schwanken zwischen 120.000 und 150.000.

Die Austreibungen waren hart, sie waren ein Ende mit Schrecken. Trotzdem war schlimmer noch der An, der nicht ausgetrieben wurde, denn für ihn wurde das Dasein zu einem Schrecken ohne Ende. Von wenigen Ausnahmen, den anerkannten Antifaschisten, abgesehen, leben die in ihrer Heimat zwangsläufig verbliebenen Auslandsdeutschen in Osteuropa ein elendes Sklavendasein. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, von aussen mildernd einzuwirken. Der Papst hat einige Male auf das Los dieser Menschen in der der Vatikan-Diplomatie eigenen Diskretion hingewiesen und Wenzel Jaksch, der Führer der sudetendeutschen Sozialdemokraten hat, als er noch in London lebte, durch seine Freunde und durch Eingaben an die UNO versucht, den Unglücklichsten des verlorenen Krieges zu helfen. Gebessert hat sich in den letzten

Monaten nur das Los jener Menschen, deren Arbeitskraft sich für die Gastvölker als wertvoll erwies; vom Genuss primitivster staatsbürgerlicher Rechte aber sind sie alle heute noch ausgeschlossen.

Noch um die Jahreswende bestand in den Gastländern die Tendenz, diese Deutschen nach Massgabe der Entbehrlichkeit im Arbeitsprozess abzuschleiben. Vor wenigen Tagen nun haben die tschechischen Behörden bekanntgegeben, dass die restlichen Sudetendeutschen um die Staatsbürgerschaft ansuchen und nach Genehmigung mit vollen Bürgerrechten in der Tschechoslowakei verbleiben können. In Polen - dieser Vorgang liegt etwa 2 - 3 Monate zurück - wurden die Deutschen gezwungen, Optionsgesuche zu unterschreiben. Im alt-polnischen Gebiet ging das unter Formen vor sich, die an die Schreckenszeit von 1945 erinnern. Wir haben damals einige Briefe erhalten, die ein unglaubliches Bild von diesen Zuständen geben. Die Briefe erreichten uns auf Schleichwegen, wir hatten keine Ursache an ihrer Echtheit zu zweifeln, haben aber von einer Veröffentlichung abgesehen, weil wir befürchten mussten, dass dadurch die Lage der davon betroffenen Deutschen nur verschlechtert und an der Sache nichts geändert würde. Die Polen-Deutschen haben zugleich mit der Option einen Verzicht auf eine Aussiedlung unterschreiben müssen. Der Zweck dieser Aktion ist nicht ersichtlich, weil auch alte und gebrechliche Menschen zur Unterschrift gezwungen wurden, die kaum mehr eine Bereicherung des polnischen Arbeitspotentials darstellen. In etwas urbaneren Formen spielte sich diese Aktion in den Gebieten östlich von Oder und Weisse ab.

Jede Freiwilligkeit in autoritären Staaten ist verdächtig, darum muss die künftige Bundesregierung Mittel und Wege finden, den wirklichen Willen der Menschen zu erforschen, die für einen Staat optiert haben, der ihnen in jahrelanger Passion verleidet worden ist. Zudem ist nicht anzunehmen, dass die zugesicherten Bürgerrechte das Recht auf die Muttersprache mit allen Konsequenzen einschliessen. Es ist heute schon gewiss, dass die betreffenden Staaten gegen einen Versuch der westdeutschen Regierung, sich für diese Deutschen einzusetzen, protestieren werden und es wird auch nicht an dem Argument fehlen, dass einst Hitler unter dem gleichen Motto den zweiten Weltkrieg entfacht hat. Dem kann entgegengehalten werden, dass Hitler mit Hilfe der deutschen Volksgruppen eine expansionistische Politik betrieben hat, während die jetzige Regierung, sofern sie dieses ihr zugedachte Mandat ausübt, nichts anderes will, als diese Deutschen in das enger gezogene Deutschland zu übernehmen. Von einer Expansion kann da wohl keine Rede sein, wohl aber vom Gegenteil. Im übrigen haben die Polen und Tschechen selbst 1945 und nachher "ihre" Deutschen über die Grenzen nach Deutschland gejagt und damit unter Missachtung der diesen Menschen vor 1938 rechtmässig zustehenden Staatsbürgerschaft zu erkennen gegeben, dass sie sie als Angehörige Nachkriegsdeutschlands betrachten. Was den Ausgetriebenen recht sein musste, kann den Zurückgebliebenen nur billig sein. Schliesslich hat die englische Militärregierung kürzlich in einem Schreiben an den Vorstand der SPD die Aufnahme weiterer deutscher Vertriebener als eine Aufgabe der künftigen deutschen Regierung bezeichnet. Die Legitimation ist also gegeben; dass sie sie entsprechend mitze, möge eine der vornehmsten Pflichten der neuen Regierung sein. Es gilt, 300.000 Menschen die Freiheit wiederzugeben; man könnte sich keine edlere Aufgabe für die erste deutsche Regierung nach Hitler denken.

Fagerholm bleibt

Von unserem K.V.-Korrespondenten in Helsinki

Mit grosser Spannung erwartete man in Finnland den Ausgang der jetzigen Budget-Beratung im Reichstag, der letzten Sitzung vor den Sommerferien. Sie hat nun nach der Abstimmung darüber entschieden, dass Fagerholm vorläufig das Ruder in der Hand behält, auch wenn die Mehrheit, die er erhielt, nur zwei Stimmen betrug - die gleiche knappe Mehrheit übrigens, die bereits Anfang des Jahres bei einer dreimal wiederholten dramatischen Abstimmung Fagerholms Politik bestätigte.

Entgegen vielen Befürchtungen hat die konservativ geprägte Sammlungspartei wie damals das agrarisch-kommunistische Misstrauensvotum nicht unterstützt. Das Gleiche gilt für einen Teil der Abgeordneten der Schwedischen Volkspartei. Die in der letzten Zeit festzustellende Annäherung zwischen der Agrar- und der Sammlungspartei hat also nicht ausgereicht, die zum Sturz Fagerholms notwendige Mehrheit zusammenzubringen.

Aber auch nachdem sich die sozialistische Minderheitsregierung noch einmal behauptet hat, bleibt ihre parlamentarische Lage in der Zukunft äusserst labil. So wie die Verhältnisse heute liegen, ist eine erneute Zusammenfassung der Kräfte in einer rot-grünen Koalition unmöglich geworden. Die beiden früheren Koalitionspartner - sowohl die Kommunisten und Volksdemokraten - als auch die Agrarpartei haben durch ihr Verhalten gegenüber der finnischen Sozialdemokratie eine Zusammenarbeit fast unmöglich gemacht. Das Zusammenspiel der beiden früheren Koalitionsparteien gegen die sozialdemokratische Regierung ist seit Antritt der Regierung Fagerholm im vorigen Jahre das A und O der früheren Koalitionspartner geworden. Ehe hier nicht eine grundsätzliche Änderung eintritt, ist an ein Wiederaufleben der alten Koalition nicht zu denken.

Eine Zusammenarbeit mit der Sammlungspartei, verstärkt durch die kleinen bürgerlichen Parteien - die Schwedische Volkspartei und Fortschrittspartei - könnte zwar Mehrheitsverhältnisse schaffen, doch stehen einer solchen Lösung starke Bedenken innen- und aussenpolitischer Art entgegen. In der finnischen Sozialdemokratie dürfte kaum eine Mehrheit bereit sein, eine Koalition mit dem konservativen Partner einzugehen. Auch umgekehrt dürfte es an der Bereitwilligkeit für eine solche Lösung fehlen.

Das neue finnische Parlament ist kaum ein Jahr alt. Sowohl die Agrarpartei, die aus den Wahlen mandatmässig als stärkste Partei hervorging, als auch die Kommunisten haben keine Aussicht, bei erneuten Reichstagswahlen zu gewinnen. Man kann sogar mit Sicherheit sagen, dass die Kommunisten und Volksdemokraten erheblich verlieren werden. Umgekehrt spricht vieles dafür, dass durch Neuwahlen die finnische Sozialdemokratie die stärkste Partei des Landes werden würde. Stimmenmässig war sie es schon bei der letzten Wahl. Der zu

erwartende Verlust der Kommunisten würde ihr sehr wahrscheinlich einen solchen Gewinn schaffen, dass sie die Agrarpartei auch mandatsmäßig überflügeln könnte.

Eine durch Neuwahlen gestärkte Sozialdemokratie wäre besser in der Lage, die parlamentarische Lage zu meistern, als dies heute der Fall ist. Dies liegt nicht nur im Parteiinteresse. Die finnische Sozialdemokratie ist ein integrierender Bestandteil des Landes. Von ihrem Einfluss auf die Politik hängt in entscheidendem Masse das Schicksal Finnlands als eines innenpolitisch selbständigen und demokratischen Staatsgebildes ab.

Vormarsch der schwedischen Angestellten-Gewerkschaften

R.N. Stockholm, im Juni 1949

Neben dem LO, dem Verband der Arbeitergewerkschaften, gibt es in Schweden einen Verband der Angestelltengewerkschaften, den TCO, der kürzlich seine Landeskonferenz abhielt. Die dem TCO angeschlossenen Gewerkschaften haben insgesamt 260.000 Mitglieder. Die Gesamtzahl der in Schweden lebenden Angestellten wird auf etwa 500.000 geschätzt.

Die Gruppe der Angestellten gewinnt in der modernen Gesellschaft infolge der technischen und organisatorischen Rationalisierung immer grössere Bedeutung. Während in der schwedischen Industrie 1915 auf einen Angestellten etwa 15,1 Arbeiter entfielen, kommen 1946 nurmehr 5,6 Arbeiter auf einen Angestellten. Diese Entwicklung ist nicht zum Stillstand gekommen. Heute dürften im Landesdurchschnitt bereits weniger als fünf Arbeiter auf einen Angestellten entfallen; in Stockholm sind es gar nur knapp über drei. Diese Ziffern beziehen sich nur auf die Industrie. Rechnet man die öffentlichen Angestellten hinzu, so zeichnet sich die Entwicklung noch deutlicher ab.

Bremer Parteien-Spiegel

sp. Bei einer öffentlichen Meinungsbefragung durch eine amerikanische Stelle hat sich für die Stadt Bremen ein recht interessantes Resultat ergeben. Danach ist das allgemeine Interesse weiter Bevölkerungskreise an den politischen Parteien in den letzten drei Jahren sehr wesentlich abgesunken, eine Tatsache, die an sich nicht neu ist. Aus 90 Prozent der Befragten, die im Jahre 1945 ihr Interesse an den Parteien bejahten, sind inzwischen 60 Prozent geworden. Von diesem Kreis haben sich nun vor drei Jahren 42 Prozent für die CDU ausgesprochen, während es heute nur noch 16 Prozent sind. Der SPD-Anteil dagegen ist nur von 30 Prozent auf 27 Prozent gesunken, der der KP von drei Prozent auf heute ein Prozent. (m/1/156/hs)

CDU, Ostzone und free enterprise.

Aus den USA erreichte uns dieser Tage ein längerer Brief, von dem wir einige Stellen wiederzugeben für angebracht halten:

"...Vor einigen Tagen berichtete hier jemand, der mit diesen Kreisen gute Verbindung hat, über die Stosseufzer einiger CDU-Führer, die wenigstens ein Jahr Zeit haben wollten, bevor sie an eine Wiedervereinigung mit der Ostzone denken wollten, damit sie erstmal einen Weststaat auf die Beide stellen und demokratisch regieren könnten. Der erwähnte Gewährsmann liess auch durchblicken, dass man im CDU-Lager gern an der Macht bleiben möchte und die SPD-Verstärkung aus dem Osten fürchtet. Staatsmännische Gesichtspunkte sind das ja nicht gerade, und imponieren tun sie hier so wenig wie Erhardt's naive Erklärung, dass er sich sehr wünsche, der erste Wirtschaftsminister der neuen deutschen Republik zu werden. Sehr bezeichnend ist auch der Artikel eines Herrn Kaupisch aus Frankfurt a/M. in der hiesigen "Staatszeitung", in dem es unter der Überschrift "Die Ostzone ein Danaergeschenk" u.a. heisst:

Kluge Leute hier (d.h. in Frankfurt, D.Red.) halten die ausgepöberte Ostzone für eine schwere Hypothek nicht nur für Westdeutschland, sondern für die westeuropäische Wirtschaft, einen Mühlstein am Hals des Marshallplans. Eine einheitliche Währung für Deutschland und damit die Aufteilung des ohnehin zu knappen Investitionskapitals zur Schaffung neuer Industrien und neuer Arbeitsplätze würde auch den Lebensstandard in Westdeutschland erheblich drücken.

Kaupisch stellt dann den Unterschied zwischen Grossbritannien und den skandinavischen Ländern auf der einen und den free enterprise-Ländern des Marshallplans auf der anderen Seite fest, und sagt, Deutschland sei ein Mittelding. Die offizielle Wirtschaftspolitik, die Prof. Erhardt aus ehrlicher Überzeugung und ausserdem unter dem Beifall der amerikanischen Militärregierung eingeführt hat, ist die des Wettbewerbs. Gleichzeitig wird aber noch - bedingt durch Mangel an Rohstoffen - erheblich geplant.Handelt es sich aber um das gesamtdeutsche Parlament, denn wäre zu erwarten, dass die SPD die stärkste Partei wird, denn sie ist im wesentlichen die Trägerin des Kampfes gegen die Unterdrückung in der Ostzone gewesen. Sie wurde von den Russen verboten und ging Untergrund. Die bürgerlichen Parteien, oder, richtiger gesagt, die Parteileitungen der bürgerlichen Parteien in der Ostzone, paktierten nach Entfernung aller aufrechten Männer mit den Bolschewisten.

Die Wirtschaftspolitik der deutschen SPD ist nun eine Frage, über die es in der Partei selbst soviel Meinungen wie Köpfe gibt, sicher aber dürfte sein, dass sie im wesentlichen von der Planwirtschaft bestimmt sein wird. Wenn aber Deutschland sich den planwirtschaftlich orientierten Ländern anschliesst, wird es bei der engen Verflechtung der europäischen Wirtschaft für die anderen kaum möglich sein,

15. Juni 1949

ihre auf Wettbewerb und freiem Unternehmertum beruhende Marktwirtschaft beizubehalten. Ob es den Russen darauf ankommt?

Dazu bemerkt der Briefschreiber:

"Stellt Euch vor, dass die Russen lieber die bitter gehasste SPD dazu hochkommen lassen wollen als ihre eigenen Satellitenländer profitieren zu lassen! Diese Argumentation soll offenbar die Amerikaner veranlassen, gegen die Einheit zu sein und, da die Franzosen ohnehin dagegen sind, kann die Wirtschaftsverwaltung bleiben. Die Argumentation ist recht töricht. Die Einheit - selbst wenn sie bald kommt - wird ohnehin nicht vor langer Zeit wirksam werden. Von einem "free enterprise" aber in einem Lande zu reden, dessen Export- und Importpolitik von Okkupationsmächten kontrolliert, dessen Industriekapazität durch Dekrete beschränkt ist, dem wichtige Industrien verboten sind und das noch lange nicht genug erarbeitet hat, um sich aus Eigenem satt^{zu}essen und zu kleiden, das ist einfach lächerlich. Wo Mangel ist, muss eben planmässig verteilt werden. Wo Überfluss ist, sieht jeder selbst zu, seine Ware los zu werden."

b/B.1/156/W.

Schumacher spricht in Gelsenkirchen.

(sp.) Am kommenden Freitag, Sonnabend und Sonntag findet der Bezirksparteitag des größten sozialdemokratischen Bezirks, Westliches Westfalen, statt. Höhepunkt wird eine Kundgebung am Sonntag, den 19. Juni, in Gelsenkirchen sein, auf der Dr. Kurt Schumacher sprechen wird. Nachdem jetzt der Wahltermin endgültig auf den 14. August festgelegt worden ist, und das Wahlgesetz durch die Militärregierungen verfügt wurde, werden diese Kundgebung und die Rede Schumachers genau 8 Wochen vor der Wahl als der eigentliche sozialdemokratische Auftakt zu dieser grossen politischen Kraftanstrengung des Wahlkampfes anzusehen sein.

(m./1/156/W)

Moskaus Verbrechen an den Kriegsgefangenen

Eine Million in 2000 Lagern - Das Schicksal der Frauen

sp. Im Monat Mai sind nach Feststellungen der Kriegsgefangenenhilfe der SPD in die britische Zone 9 500 Kriegsgefangene aus Russland eingeschleust worden. Auf den gesamtdeutschen Bereich bezogen ergibt das eine Zahl von ungefähr 30 000 Heimkehrern; ob sie wirklich erreicht worden ist, kann nicht gesagt werden, weil die Ziffern für die Rückkehr in die Sowjetzone unkontrollierbar sind. Auf jeden Fall sind es bei weitem nicht die 50 000 pro Monat, die zum Jahresbeginn von der "Täglichen Rundschau" versprochen worden sind.

Vor wenigen Wochen hat die SPD aufgrund eines Parteivorstand-Beschlusses zu einer neuen Kriegsgefangenenaktion aufgerufen. Die Briefeingänge sind so gross, dass bisher nur die Buchstaben A und B (Familien-Namen) gesichtet werden konnten. Schon dieser Bruchteil der Gesamteingänge ergibt ein aufschlussreiches Bild. Demnach existierten bis März 1949 in Russland über 300 Gefangenenlager mit einer Durchschnittsbelegschaft von 300 bis 600 Mann. Es kann angenommen werden, dass in diesen Lagern zu dem genannten Termin noch rund 150.000 Kriegsgefangene lebten. Eine Schätzung nach Prüfung aller Eingänge dürfte eine Million in Russland lebender Kriegsgefangener, verteilt auf etwa 2000 Lager, ergeben.

Die eingehenden Blutgruppenuntersuchungen werden in letzter Zeit noch strenger durchgeführt. Die letzte Untersuchung findet noch im Lager Frankfurt/Oder durch Deutsche statt. Hat ein Kriegsgefangener eine Narbe, die von einem Ekzem oder einer Verwundung herrührt, muss er damit rechnen, dass er noch im Lager Frankfurt/Oder aufgrund dieser Vernarbung wieder nach Russland zurückgeschickt wird.

Auffallend ist dabei die verschwindend geringe Zahl von Stalingradheimkehrern: auf 1000 Heimkehrer aus Russland entfällt einer aus Stalingrad. In den letzten Wochen sind ferner nur 20 deutsche Frauen aus Russland entlassen worden. Sie waren in Männerlagern, in der Küche, Wäscherei usw. beschäftigt und wurden überflüssig, als diese Lager geräumt wurden. Aus ausgesprochenen Frauenlagern erfolgten keine Entlassungen mehr. Übereinstimmende Aussagen von Heimkehrern ergeben das Bild, dass die zurückgehaltenen Frauen nicht mehr "Gefangene", sondern "freie Arbeiterinnen" geworden sind, das bedeutet u.a., dass sie von einer Repatriierung auf absehbare Zeit ausgeschlossen sind. Ihr Schicksal hat sich dadurch nur verschlechtert. Bisher waren sie den dringendsten materiellen Sorgen enthoben, Kleidung (Watteanzüge usw.) bekamen sie gestellt, und mit ihrem verdienten Geld bezahlten sie die Lagerverpflegung. Jetzt müssen sie alles selbst bestreiten. Der Verdienst ist sehr gering, so dass sie damit nur den täglichen Kleinbedarf bestreiten können.

Die Gefangenen der sogenannten gesperrten Einheiten (SS-, SA-Männer, Parteiangehörige und Landeschützen neben anderen) werden in "Regime-Lagern" gehalten. Man kann mit etwa 300 bis 500 000 solcher Gefangenen rechnen. Alle diese Lager befinden sich neuerdings hinter dem Ural. Die Männer dürften in der Hauptsache mit dem Bau der Verbindungsbahn nach China beschäftigt sein.

Ferner kann man eine Zusammensetzung der Spabsoffiziere in Stalingrad beobachten. Auch Ärzte, soweit sie 1940 bis 1947 in Lazaretten

tätig gewesen sind, werden in Minsk in besonderen Lagern zusammengefasst. Von russischer Seite wurde angedeutet, dass diese Ärzte für die Toten der Jahre 1945/46 und 47 zur Rechenschaft gezogen werden sollen!

Unter den Kriegsgefangenen befinden sich auch noch Rumänen, Ungarn und Österreicher. Das ist deshalb bemerkenswert, weil die Russen mehrfach erklärt haben, dass von diesen Nationen keine Kriegsgefangenen mehr zurückgehalten werden.

Eine besonders schmerzhafteste Knute für die Kriegsgefangenen stellen die Verfahren wegen Mundraub, Diebstahl oder wegen oft belangloser politischer Ausserungen dar. Eine Analyse der bekanntgewordenen Strafen ergibt einen Durchschnitt von 16 Jahren Zwangsarbeit für jeden Straffälligen! So wurden in 40 Prozessen, in die 36 Personen verwickelt waren, Freiheitsstrafen von 1313 Jahren ausgesprochen, in 13 Prozessen mit 13 Personen 147 Jahre.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass die Insassen von Konzentrationslagern in der Sowjetzone jetzt die Möglichkeit zu sehr gelegentlichem schriftlichen Verkehr mit ihren Angehörigen haben, auch wenn diese Angehörigen im Westen wohnen. Die Briefe tragen den Stempel des Postamtes Berlin O4 K 18/25. Sie kommen aus den Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und Mühlberg bei Torgau.

(b/2/156/hs)

 Wieso christliche Gewerkschaften?

sp. Nach einer dpd-Meldung aus Paris vom 3. Juni 1949 hat die "Internationale Föderation der christlichen Gewerkschaften" auf ihrem Kongress am 3.6.1949 in Lyon die Bildung einer "Europäischen Bewegung der christlichen Arbeiter" beschlossen. Zu dieser Tagung hätten auch die Vertreter der deutschen christlichen Gewerkschaften Grösse überbracht.

Wir erinnern uns der Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Föcher, dass "die Gründung christlicher Gewerkschaften in Deutschland nicht akut" sei. Obgleich wir an der Aufrichtigkeit Föchers nicht zweifeln, fragen wir uns, spielen hier die Kreise der christlichen Gewerkschafter in Deutschland ein doppeltes Spiel? Wer waren diese Vertreter der christlichen Gewerkschaften? Von wem waren sie autorisiert, im Namen der deutschen christlichen Gewerkschaften zu sprechen und warum hat Herr Föcher, dessen Erklärung nach dem 3. Juni erfolgte, weder diese Meldung dementiert, noch sie erwähnt? Oder ist es möglich, dass dieser massgebliche frühere christliche Gewerkschafter über die Entwicklung in den Kreisen der ehemaligen christlichen Gewerkschafter in Deutschland nicht informiert ist? Wir vermuten, es könnte in diesen Kreisen ein gefährliches Spiel getrieben werden, über das Gewissheit zu erlangen im Interesse einer einheitlichen Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wichtig ist.

R.D.

Er sprach sich daher - - - - -
 scharf gegen alle derartigen Bestrebungen
 aus.